



## **Haushalts- und Finanzausschuss**

### **37. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1</sup>**

12. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Franz-Josef Eilting, Karin Wirsdörfer, Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **1 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes 5**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4139

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und der Piraten, den **Gesetzentwurf Drucksache 16/4139 anzunehmen.**

---

<sup>1</sup> vertraulicher Teil mit TOP 9 bis 11 siehe vAPr 16/16

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014) 6**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/3800

Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4300

In Verbindung damit:

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Nachtrags-haushaltsgesetz 2013) 6**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4000

Vorlagen 16/1270, 16/1274 und 16/1364 –  
Ergebnisse der Berichterstattegespräche zu den Einzelplänen 12 und 20

Vorlage 16/1348

Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 7. November 2013:  
Ausschussprotokoll 16/378

Und:

**Haushaltsberatungen 2014 – Einzelplan 04**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/1350

Und:

**Belastungen des Landeshaushalts durch die Energiewende**

Bericht der Landesregierung

Sowie:

**In den Haushaltsjahren 2011 bis 2013 bislang geleistete Ausgaben mit Bezug zur WestLB aus den Landeshaushalten im Ist und Ansätze des Haushaltsentwurfs 2014 für nachgelagerte Verpflichtungen im Restrukturierungsprozess bei der Portigon AG**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/1361

- Der Ausschuss berät zunächst über inzwischen zu den Haushaltsberatungen eingegangene Vorlagen und nimmt Darlegungen von StS Dr. Rüdiger Messal (FM) zu Fragen zur Werthaltigkeitsgarantie für die NRW.BANK sowie zur Steuerschätzung entgegen. 7
  - Anschließend wertet der Ausschuss die Haushaltsanhörung vom 7. November 2013 aus. 17
- 3 Effizienzteam 32**
- Ergänzende Stellungnahme der Landesregierung
- Der Ausschuss nimmt eine ergänzende Stellungnahme von StS Dr. Rüdiger Messal (FM) entgegen und debattiert darüber.
- 4 Gesetz zur Neuordnung im Bereich der Schul- und Studienfonds 39**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/3969
- StS Dr. Rüdiger Messal (FM) gibt ergänzende Erläuterungen zu dem Gesetzentwurf. Der Ausschuss unternimmt anschließend eine erste Beratung.
- 5 Fahrplan und bisherige Ergebnisse der Schließung von WestLB-Auslandsstandorten durch den Rechtsnachfolger Portigon AG 44**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/1357
- Aus dem Ausschuss ergeben sich Nachfragen, die vom Finanzministerium beantwortet werden bzw. demnächst schriftlich beantwortet werden sollen.

**6 Sachstand und weiteres Prozedere zur Gründung der Servicetochter  
Portigon Financial Services (PFS) 50**Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/1357

Sich aus der Vorlage ergebende Fragen werden vom  
Finanzministerium beantwortet.

**7 Gesetz zur Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften  
im Internet 52**Gesetzentwurf  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4165

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, zu dem Gesetz-  
entwurf Drucksache 16/4165 eine **Anhörung** durchzuführen  
und die **Anzahl der Sachverständigen** für die antragstel-  
lende Fraktion auf zwei und für die übrigen Fraktionen auf  
einen **zu begrenzen**.

**8 Verschiedenes 53**

\* \* \*

## Aus der Diskussion

### 1 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4139

Abschließende Beratung und Abstimmung

**Vorsitzender Christian Möbius** erläutert, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum am 17. Oktober 2013 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Integrationsausschuss, den Ausschuss für Kommunalpolitik und den HFA überwiesen worden.

Den kommunalen Spitzenverbänden sei Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme gegeben worden. Der federführende Ausschuss erwarte das Votum des HFA für seine Sitzung am 21. November.

**Daniel Sieveke (CDU)** führt aus, der Gesetzentwurf gehe aus Sicht seiner Fraktion in die richtige Richtung. Nach ihrer Auffassung müssten allerdings einige Sachverhalte anders geregelt werden.

Zum einen wäre es sinnvoll, § 4b als flexible Ermächtigungsnorm auszugestalten. Laut Gesetzentwurf solle eine Regelung für die Kommunen nur für 2014 und nicht auch für die kommenden Jahre geschaffen werden. Diese Vorschrift werde deshalb im nächsten Jahr schon wieder überarbeitungsbedürftig sein.

Darüber hinaus würden viele praktische Probleme der Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen durch diesen Gesetzentwurf nicht gelöst. Er nenne nur die Krankheitskosten, die auf den Betrag des letzten Jahres gedeckelt seien, obwohl von steigenden Zahlen ausgegangen werden müsse.

Die CDU-Fraktion könne deshalb dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und der Piraten, den **Gesetzentwurf Drucksache 16/4139 anzunehmen**.

